

FEEDING THE PROBLEM

Greenpeace-Report belegt Folgen der ungesteuerten Subventionen: Auf mehr als 70 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen wächst Futtermittel für Tierhaltung

Die Massentierhaltung und der übermäßige Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten haben schwerwiegende Auswirkungen auf unser Klima, unsere Umwelt und unsere Gesundheit. Die Konsumgewohnheiten und das Niveau der Produktion von Fleisch und Milch in Europa haben die wissenschaftlich definierten Grenzen für den Schutz von Umwelt und Klima weit überschritten. In der Europäischen Union ist der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt und damit für viele Menschen zum Gesundheitsrisiko geworden

Angesichts dieser Entwicklung hat Greenpeace untersuchen lassen, wie die Subventionen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wirken. Der Report „Feeding the Problem – The dangerous Intensification of Animal Farming in Europe“ analysiert die Trends im europäischen Nutztiersektor und untersucht den Flächenbedarf bei der Tierhaltung.

Zu beobachten ist eine immer stärkere Konzentration der Fleisch- und Milchproduktion in immer weniger und immer größeren Betrieben. Die Daten der Europäischen Kommission zeigen außerdem, dass 71 Prozent der landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen der EU der Ernährung von Nutztieren dienen. Selbst wenn man die für die menschliche Ernährung nicht verwertbaren Flächen wie Wiesen und Weiden davon abzieht, bleibt das Ergebnis erschreckend: 63 Prozent der Ackerflächen werden mit Pflanzen zur Erzeugung von Viehfutter und nicht für die Lebensmittelproduktion bebaut.

EU-weit fließen jährlich zwischen 28,5 und 32,6 Mrd. Euro als flächenbezogene Agrarsubventionen oder zweckgebundene Förderung an Tierhalter oder Betriebe, die Futter für Tiere produzieren. Damit wird jeder fünfte Euro (18 – 20 Prozent) des EU-Gesamtbudgets für die Subvention des Futteranbaus aufgewendet, unabhängig davon, ob die Produktionsweise umwelt- und klimafreundlich ist.

Die aktuelle Reform der europäischen Agrarpolitik bietet jetzt die Chance, die bisherige Fehlsteuerung zu korrigieren, in Zukunft Umweltschäden zu vermeiden und eine klimaschonende, naturnahe Landwirtschaft zu unterstützen.

Die sogenannten Eco-Schemes sollten der zentrale Bestandteil einer reformierten GAP sein: Damit werden die Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe honoriert, die konkrete und messbare gesellschaftliche Leistungen zum

Schutz von Umwelt- Klima- und Biodiversität erbringen und dafür gezielt zusätzliche Mittel aufwenden.

Greenpeace fordert daher: Die Eco-Schemes müssen für alle Mitgliedsstaaten verpflichtend sein und mindestens die Hälfte des Budgets der ersten Säule der Agrarförderung ausmachen, für deren Vergabe bislang allein die Fläche der Betriebe entscheidend war.

GREENPEACE

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040-306-18-0
Pressestelle T 040-306-18-340, F 040-306-18-19-340, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030-308899-0, F 030-308899-30